

**ne****s**

WEIL DIE PERSPEKTIVE  
DER MENSCHEN ZÄHLT

CHANCENPLAN

# ATHLETISCHER STAAT

SEPTEMBER 2017

Struktureller Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft ist ein steter Wegbegleiter von Innovation und technologischem Fortschritt. Unser mittelfristiges Ziel ist ein Athletischer Staat, der sich auf einvernehmliche Ziele und Kernaufgaben konzentriert. Er beinhaltet schlanke Strukturen und Rahmenbedingungen zur effektiven und effizienten Erfüllung der Aufgaben.

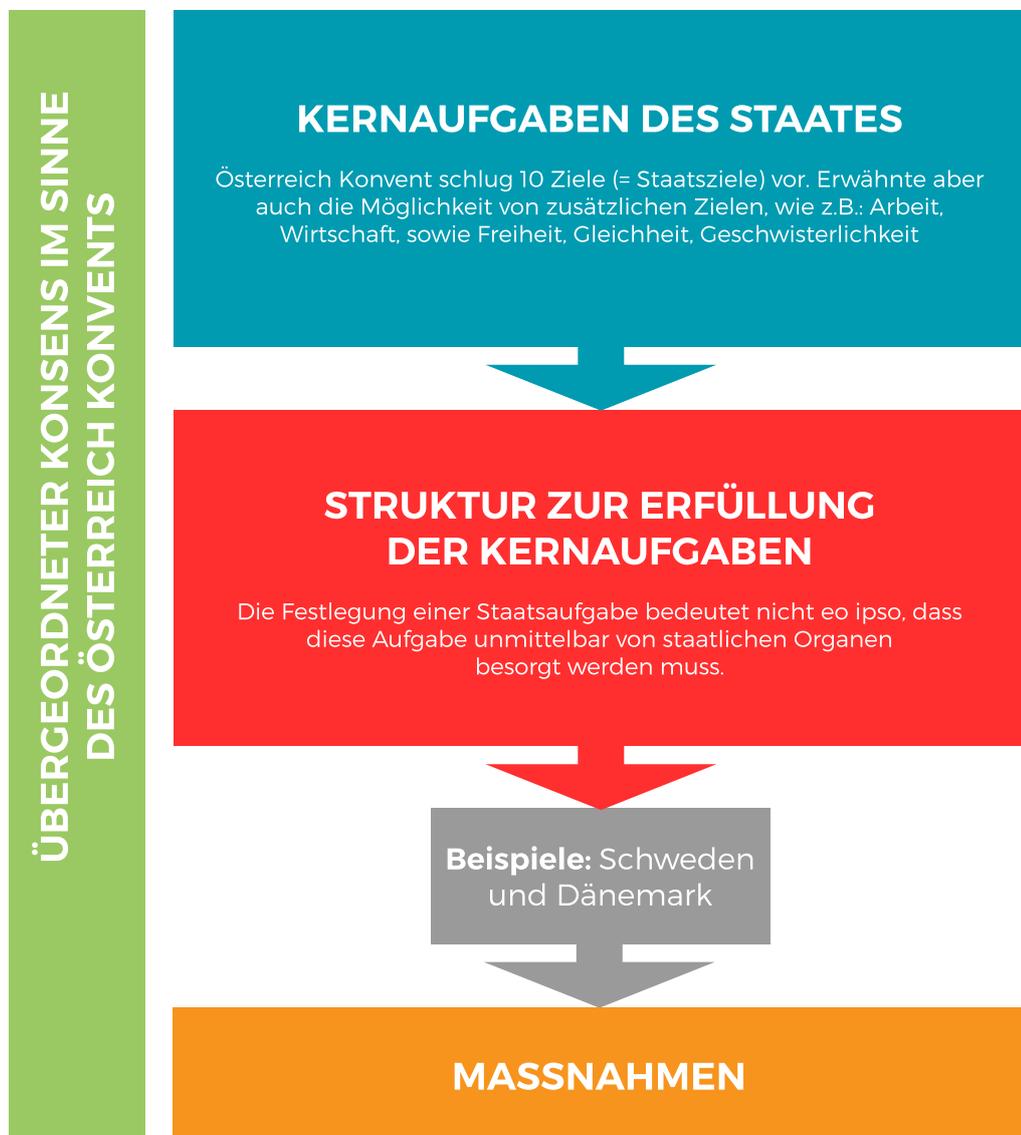
Vor diesem Hintergrund widmet sich dieser Chancen-Plan einer Reformagenda für die Staats- und Verwaltungsstruktur für die ersten 500 Tage der nächsten Legislaturperiode. Ziel ist eine moderne Strukturpolitik. Das heißt, die entsprechenden Weichen für eine positive Gestaltung der Wirtschaft und Verwaltung von morgen zu stellen, um Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum sicherzustellen. Dieses Papier stellt innovative Ansätze vor, um dem Strukturwandel zu begegnen. Dieser Plan konzentriert sich auf Einsparungspotentiale in den verschiedensten Bereichen. Dieser schließt eine zentrale Rolle des Staates im Bildungswesen, in der Förderung von Forschungsaktivitäten sowie der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen ein. Zusätzlich streben wir einen ausgeglichenen Haushalt und eine signifikante Reduktion der Staatsverschuldung an.

# Zukunft, Chancen & Plan

## Festlegung nationaler Ziele und Kernaufgaben (Österreich Konvent)

Wir bekennen uns zu den Kernaufgaben des Staates, wie zum Beispiel: gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht, umfassender Umweltschutz und die Gleichbehandlung von Mann und Frau (der Österreich-Konvent schlug 10 Staatsziele vor). Wir benötigen dafür endlich eine geeignete Struktur. Obwohl seit Jahrzehnten vernünftige Vorschläge auf dem Tisch liegen, verwehren sich die regierenden Parteien strikt gegen Reformen. Wir öffnen die Schubladen des Österreich-Konvents wieder und legen die Empfehlungen des Rechnungshofes auf den Tisch. Eine überparteiliche Kommission legt einen Plan vor, der bis zum Ende der

Legislaturperiode umgesetzt wird. Österreich erkennt den Ernst der Lage und orientiert sich am skandinavischen Konsolidierungskonzept. Dies beinhaltet einen breiten Konsens, die Orientierung an bundesweiten Zielen und Zusammenführung der Ausgaben- und Einnahmenverantwortung. Wir brauchen diesbezüglich ein neues Verständnis: Dort wo ausgegeben wird, braucht es Einnahmen. Die Regierenden der letzten Jahrzehnte hatten ein massives Ausgabenproblem. Die laufenden Ausgaben überstiegen deutlich die Einnahmen. Der Staat lebt seit Jahrzehnten zulasten künftiger Generationen über seinen Verhältnissen. Es braucht Mechanismen und Strukturen, die eine Schuldenausweitung verhindern und den ineffizienten Apparat entschlacken.



## Reform und Verschlinkung der Strukturen

Unser Staat hat durch verfehlte Politik viele Probleme geschaffen. Diese reichen von den Tiefen eines ineffizienten, ausschließlich an Partikularinteressen orientierten Föderalismus, über die Übermacht der Sozialpartnerschaft, bis hin zu einer überbordenden, leistungshemmenden und mehr als fragwürdigen Bürokratie.

In Österreich ist die Finanzierung der Parteien intransparent und im internationalen Vergleich immens staatslastig. Ein weiteres Problem ist die Aufteilung zwischen Staat und Bürger\_innen: Es fließen zu viele vorhandene Mittel in den Staat, die dieser wieder verteilt. Wir wollen, dass den Bürger\_innen mehr Geld zum Leben bleibt.

Die Erhaltung des Sozialstaates ist, durch den jahrzehntelangen Reformstau wesentlich teurer und ineffizienter als in vergleichbaren Ländern, wie zum Beispiel Schweden oder Dänemark. Unsere Zukunft verlangt mutige Politiker\_innen, die Verantwortung übernehmen und Reformen umsetzen und Österreichs Strukturen an die neuen Umstände anpassen. Die eigenen Vorteile dürfen nicht mehr im Vordergrund stehen. Unsere Strukturen müssen für alle Bürger\_innen gemacht sein.

Wir fordern:

- Die Reformierung der Staatsorgane:
  - Der Bundesrat wird abgeschafft.
  - Die Landeshauptleutekonferenz wird verfassungsmäßig verankert.
  - Die Perioden für Politiker\_innen werden begrenzt.
  - Ministerkandidat\_innen müssen sich einem parlamentarischen Hearing unterziehen.
  - Politiker\_innen werden eingeschult und werden über Kompetenzen und Unvereinbarkeiten aufgeklärt.
  - Ein effektiver Public Corporate Governance Kodex wird auf allen politischen Ebenen eingeführt.
  - Die Doppelgleisigkeiten zwischen Bund und Ländern werden abgeschafft. Es braucht die klare Verteilung der Kompetenzen.
- Die Zusammenlegung von Gemeinden, Sozialversicherungsträgern und anderen öffentlichen Körperschaften.
- Die Durchforstung der Privatisierungspotentiale, sofern Anteile gehalten werden, die nicht den strategischen Zielen entsprechen. Eine Sperrminorität (25% plus 1) soll gehalten werden. Erdfeste Infrastruktur wird nicht privati-

- siert.
- Die Reformierung der Beteiligungsstrukturen ausgelagerter Einheiten. Es braucht ein Konzept für fundierte Ausgliederungsentscheidungen. Dies beinhaltet ein vollständiges Berichtswesen über die Beteiligungen, die laufende Wahrnehmung der Einsichts- und Prüfungsrechte und schließlich ein regelmäßiges kritisches Hinterfragen der Beteiligungsstruktur, inklusive der Prüfung einer Rückführung von ausgelagerten Kernaufgaben.
  - Ein Insolvenzrecht für Länder und Gemeinden.
  - Die Zusammenführung von Ausgaben- und Einnahmenverantwortung auf allen Ebenen. Dies beinhaltet:
    - Steuerautonomie für Länder und Gemeinden: Gesetzgebung, Finanzierung (Steuerhoheit) und Letztverantwortung für Verwaltung sind immer auf derselben Ebene anzusiedeln.
    - Die Abschaffung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels. Dieser wurde als Provisorium in der Nachkriegszeit eingeführt und nie mehr abgeschafft.
    - Einen Finanzstrom von Bund zu Ländern, einen Finanzstrom von Ländern zu Gemeinden: Analog zur erhöhten Steuerautonomie müssen die Transfers zwischen den Gebietskörperschaften verringert und entflechtet werden. In den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung, Pflege usw. müssen Kompetenzen stärker an die Finanzierung gekoppelt und das intransparente Transfergeflecht modernisiert werden.

## Budgetkonsolidierung (Ausgeglichenes Budget und Schuldenabbau)

Die Schuldenquote kann über hohe Steuern oder eine Verringerung staatlicher Ausgaben reduziert werden. Das ist letztlich von den Startbedingungen in einem Land abhängig. Wenn eine hohe Abgabenquote –wie es in Österreich der Fall ist – vorherrscht, muss zunächst ausgabenseitig gekürzt werden, um größere Handlungsspielräume zu schaffen. Wir brauchen eine Budgetdisziplin in Anlehnung an das schwedische Modell. Die Politiker\_innen müssen endlich Verantwortung für ihr Budget übernehmen.

Wir fordern:

- Einen Überschuss von 1% des BIP über einen Konjunkturzyklus (in Schweden waren es ursprünglich 2%).
- Eine Ausgabendeckelung durch das Österreichische Parlament, beginnend mit 2019. Das Parlament legt für die nächsten zwei bis drei Jahre fest, wie hoch die Ausgaben maximal sein dürfen. Will ein Ministerium für bestimmte

- Bereiche mehr Geld ausgeben, so muss es in anderen Bereichen sparen.
- Die Festlegung der Ausgabendecke vier Jahre (restliche Legislaturperiode) im Voraus. Es kommt zu einer Inklusion aller (zentral)staatlichen Ausgaben, ausgenommen ist die Zinslast der Staatsschulden.
  - Ein Ende der Verschuldung bei Ländern und Gemeinden. Diese können Teile der Einkommenssteuer selbst festlegen und sind für ihre Ausgaben verantwortlich.
  - Die Einbeziehung der Opposition in die Haushaltserstellung. Die Opposition kann das Budget ablehnen, muss aber einen alternativen Budgetvorschlag präsentieren.
  - Die Einführung der Schuldenbremse, die den fiskalpolitischen Spielraum der Regierung hinsichtlich Neuverschuldung und deficit spending einschränkt. Sie gewährleistet fiskalpolitische Stabilität und entspannt die Haushaltssituation des Staates.
  - Eine Reform und Reduktion der Parteienfinanzierung. Diese soll um bis zu 75% reduziert werden und in Zukunft nicht mehr nach der Zahl der Wahlberechtigten, sondern nach der Zahl der gültigen Stimmen bemessen werden.
  - Einen aufgabenadäquaten Finanzausgleich:
    - Aufgabenorientierung: etwa 30% der Mittel werden nach einem nicht abgestuften Kopfschlüssel an die Länder vergeben und berücksichtigen Aufwände, die von der Bevölkerungszahl abhängen.
    - Leistungsorientierung: Etwa 30% der Mittel werden nach dem Anteil des Bundeslandes am BIP vergeben, um den Beitrag des jeweiligen Bundeslandes zur wirtschaftlichen Gesamtleistung Österreichs zu berücksichtigen.
    - Die verbleibenden 40% stammen aus einem Anteil der Länder und Gemeinden am bestehenden Lohn- und Einkommenssteueraufkommen, den Länder und Gemeinden autonom festsetzen können.

Budgetkonsolidierungen sind zumeist langfristig erfolgreicher, wenn ausgabenseitig gespart wird. Diese strukturellen ausgabeseitigen Reformen umfassen die Bereiche: öffentliche Konsumausgaben, öffentliche Gehälter und Sozialausgaben und -transfers. Erfolgsfaktoren für ausgabenseitige Reformen sind vor allem ausgabenseitige Fiskalregeln, Zeiten mit hohen Zinsen und der Beginn in einer konjunkturell schwächeren Phase. Die Dauer der Konsolidierungsphase geht am besten über eine Legislaturperiode hinaus. Wir starten einen Konsolidierungsprozess, der wie in anderen Ländern, mittelfristig enorme Effizienzgewinne auslöst.

Wir fordern:

- Ausgabenseitige Einsparungen. Diese führen zu:
  - Einer Umsetzung von strukturellen und nachhaltigen Reformen.

- Kompetitive Steuerquoten, die die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und den Standort attraktiver machen. Das bewirkt Investitionen und in Folge eine wachstumsfördernde Dynamik.
- Einer Stärkung des langfristigen Vertrauens der Investor\_innen nach kurzfristigen Vertrauensverlusten.
- Positiven Wachstumsförderungen, die am größten sind, wenn sie über eine Reduktion des öffentlichen Konsums sowie über Konsumsteuern erfolgen. Wachstumshemmend sind hingegen Konsolidierungen über öffentliche Investitionen und Unternehmensbesteuerungen.

Beispiele für gelungene Konsolidierungen:

Schweden konnte über einen Konsolidierungszeitraum von sechs Jahren die Ausgaben um 10,4% des BIP senken, nach einem Jahr hatte Schweden bereits 23,2% des Konsolidierungsvolumens umgesetzt, Dänemark hingegen nur 1,3%; nach fünf Jahren hatte Schweden 71,1% umgesetzt, Dänemark 62,3%; Belgien und Kanada bereits über 90%.

Einsparungen finden vor allem in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Soziales und wirtschaftliche Angelegenheiten statt.

## Reduktion und strategische Steuerung von Förderungen

Förderungen sind, abgeleitet von den verbesserungswürdigen Staats- und Verwaltungsstrukturen, oft organisch gewachsen und nie mehr hinterfragt worden. Dies führt zu Mehrfachförderungen, Ineffizienz, Doppelgleisigkeiten und einem Förderdschungel, der nicht mehr zu durchschauen ist.

Österreichs Gebietskörperschaften kann man nicht vorwerfen, zu wenig Förderungen für Unternehmen und Privatpersonen anzubieten. Schätzungen zufolge gab es 2011 österreichweit 52.700 Förderungen, von denen ein Großteil und zwar rund 47.000 Förderprogramme, auf die Gemeindeebene entfielen. Die Förderausgaben Österreichs für Unternehmen und Privatpersonen, ohne Berücksichtigung von monetären Sozialleistungen (19,3% des BIP), liegen bei 6,5% des BIPs - das sind ca. 22,5 Mrd Euro. Im europäischen Vergleich liegt Österreich somit weit über dem EU 28-Schnitt von 4,7%. Die österreichischen Förderungen müssen unter die Lupe genommen werden. In Zukunft braucht es ausschließlich zielführende Förderungen, deren Wirkungsgrade messbar und nachvollziehbar sind.

Wir fordern:

- Eine Orientierung an folgenden Förderprinzipien: zeitliche Begrenzung, Impuls- statt Dauerförderung, klare und transparente Ziele, sowie eine wiederkehrende Evaluierung.
- Die zentrale, systematische Erfassung aller Förderungen. Wir wollen sogenannte One-Stop-Shops für alle Förderungen.
- Die Senkung der Förderungen auf EU-Schnitt. Dies ergibt ein Einsparpotenzial von rund 6 Mrd Euro.
- Anstatt der Interessen der Förderungsgeber\_innen muss die Kund\_innenlogik im Vordergrund stehen. Die Suche nach den richtigen Förderungsmöglichkeiten ist sehr komplex.
- Eine Verringerung der Anzahl an Förderstellen. Die strategische Zuständigkeit liegt auf Bundesebene bei dem zuständigen Ministerium. Die operative Umsetzung erfolgt an einer Abwicklungsstelle, die auch für die darunterliegenden Ebenen zuständig ist.
- Eine Zielvorgabe, Evaluation und Kontrolle bei jeder Förderung.
- Eine nachvollziehbare Gesamtstrategie und Förderungsschwerpunkte. Wir legen eine ganzheitliche, mehrjährige Förderstrategie fest.
- Wirkungsorientierung statt Inputorientierung. Anhand der Gesamtstrategie werden entsprechende Wirkungsziele und Indikatoren festgelegt, um die Effekte der Förderungen zu messen.

## **Gewährleistung einer umfassenden Transparenz über den Einsatz und die Verwendung öffentlicher Mittel**

Die Transparenzdatenbank ist weder vollständig noch zielführend. Momentan werden Förderprogramme online aufgelistet, nicht aber die dazugehörigen Fördersummen. Darüber hinaus sind zum Beispiel die Förderleistungen der Gemeinden aus der Transparenzdatenbank in ihrer jetzigen Form vollkommen ausgeklammert.

Wir fordern:

- Eine konsequente Umsetzung der Transparenzdatenbank. Diese schafft mehr Transparenz, vermeidet Ineffizienzen, Doppelgleisigkeiten und Mehrfachförderungen und führt zur besseren Erfassung und Steuerbarkeit von Förderungswirkungen.

## Vorschläge zu einzelnen, ausgewählten Politikfeldern

### Pensionen

Unsere Pensionen sind durch den demographischen Wandel und der kurzfristigen Politik der letzten Jahrzehnte weder nachhaltig noch enkelfit. Es braucht dringend Reformen zur langfristigen Finanzierbarkeit. Länder wie Schweden machen vor wie es gehen könnte. Anstatt im Stillstand zu verharren wurde in Schweden 1991 anstelle einer großen Kommission eine kleine parlamentarische Gruppe gegründet, in der alle Parlamentsparteien vertreten waren und vom Sozialminister angeführt wurde. In unserer Vorstellung erarbeitet eine parlamentarische Gruppe, nach Anhörung von Expert\_innen und Interessensvertreter\_innen, Vorschläge für ein nachhaltiges Pensionssystem.

Wir fordern:

- Ein umfangreiches Reformkonzept innerhalb von drei Jahren.
- Die Berücksichtigung der Entwicklung der Lebenserwartung im Pensionssystem.
- Erneuerungen im bestehenden System. Zum Beispiel kann Berufsunfähigkeit nur teilweise vorliegen.
- Eine echte Teilpension, die den Erwerbstätigen ermöglicht, ab dem Alter von 62 Jahren, einen Teil ihrer Pension abzurufen und auf den anderen Teil weiter Versicherungsbeiträge einzuzahlen.

### Gesundheit

Mit rund 8% des BIPs bzw. etwa 26 Mrd Euro ist das Gesundheitswesen der zweitgrößte Block des öffentlichen Ausgabenkatalogs. Verschiedene Schätzungen sehen im österreichischen Gesundheitswesen Einsparungspotenziale zwischen 3 Mrd (Pitlik, 2010) und 6 Mrd Euro (IMF, 2014).

Das Gesundheitswesen ist geprägt von einem Auseinanderfallen der Ausgaben- und Aufgabenverantwortung zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherungsträgern. Die hohe Zahl an Sozialversicherungsträgern und enorme Verwaltungskosten tragen zur Ineffizienz des Systems bei. In Zukunft gibt es eine Finanzierung aus einer Hand.

Fehlende Zuständigkeiten und die Machtfülle verschiedener Landesfürsten führen, z.B. im Spitalsbereich, zu einer der höchsten Bettendichten Europas. Gleichzeitig ist die rasche und wohnortnahe Versorgung völlig unzureichend entwickelt. Patient\_innen können nicht im kostengünstigeren niedergelassenen Bereich versorgt werden, sondern warten in Spitalsambulanzen auf ihre Versorgung. Aus diesem Grund werden Primärversorgungseinheiten geschaffen und neben Ärzt\_innen wird die Bedeutung anderer Gesundheitsberufe aufgewertet.

Wir fordern:

- Die Zusammenführung und klare Regelung der Finanzierungsströme und Aufgabenverantwortlichkeiten.
- Eine Minimierung der Kosten, zum Beispiel durch die Anpassung der vorhandenen Kapazitäten auf ein möglichst kostenschonendes Niveau.
- Effizienzgewinne durch Verbundeffekte von Arbeitsteilung und lokalen Spezialisierungen.
- Eine bessere Versorgung der Patient\_innen durch eine reduzierte Trägerstruktur in der Krankenversicherung und höhere Solidarität durch einen echten Risiko- und Strukturausgleich unter allen 33 gesetzlichen Krankenversicherern.
- Die Primärversorgung als erste Anlaufstelle für Patient\_innen. Sie verbindet durch flexible Beschäftigungsmöglichkeiten die unterschiedlichen Gesundheitsberufe und entlastet die Ambulanzen und Krankenhäuser. Dadurch können auch mehr ambulante Behandlungen durchgeführt werden und die Nachbetreuung nach Operationen oder auch Rehabilitations- und Kuraufenthalte zur Gesundheitsfestigung in den niedergelassenen Bereich verlegt werden.
- Die Senkung der Zahl der Akutbetten auf den europäischen Durchschnitt.
- Oberärzt\_innen und erfahrenes medizinisches Personal für die Erstuntersuchung. Diese haben, im Gegensatz zu jüngeren Kolleg\_innen, mehr Erfahrung und Routine bei der Ersteinschätzung. Dies führt zu niedrigeren Behandlungskosten.
- Die Möglichkeit Primärversorgungseinheiten ohne bürokratische Hürden betreiben zu können. Ärzt\_innen sollen andere Ärzt\_innen anstellen dürfen.
- Die Einführung eines Facharztes für Allgemeinmedizin, um den Status der Allgemeinmediziner\_innen anzupassen.
- Einen Fokus auf Eigenverantwortung und Vorsorge.